ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Toschev, Dinko

Article — Digitized Version

Die Investitionspolitik der Volksrepublik Bulgarien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Toschev, Dinko (1964) : Die Investitionspolitik der Volksrepublik Bulgarien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 8, pp. 339-343

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133414

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

sierung der vielfältigen Beziehungen zwischen Interessenverbänden und staatlichen Instanzen der Wirtschaftspolitik, für die der Bundeswirtschaftsrat — in welcher Form auch immer — als ein Mittel angesehen wurde und noch wird. Nur so läßt sich die Äußerung der Deutschen Angestellten Gewerkschaft verstehen, die unmittelbar nach Veröffentlichung des Gutachtens die Notwendigkeit eines dem Parlament und der Regierung zur Seite stehenden Beratungsgremiums in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik betonte, dem auch Gesetzesinitiative zustehen müsse, wobei sie auf das Beispiel des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EWG verwies.

Aber so berechtigt die Forderungen der Freunde eines Bundeswirtschaftsrates, die hauptsächlich darauf hinauslaufen, denjenigen, der politischen Einfluß besitzt, auch in aller Öffentlichkeit die Verantwortung dafür tragen zu lassen, auch sein mögen, so sehr muß man sich fragen, ob es nicht andere Mittel und Wege gibt, die Diskussion über die wirtschaftspolitische Gesetzgebung zu formalisieren und sie mit hinreichender Publizität auszugestalten. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium wird in einem zweiten Gutachten zu dieser Frage Stellung nehmen. Hierin soll auch die Frage behandelt werden, ob man mit der Einführung von Hearings nach amerikanischem Muster diesem zentralen Problem unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung wird zu Leibe rücken können.

Die Öffentlichkeit ist gespannt, wie das zweite Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats die Probleme des Zusammenwirkens von staatlichen und nichtstaatlichen Kräften in der Wirtschaftspolitik in den Griff bekommen wird. Beim Gesetzgeber wird es dann liegen, dem vernünftigsten Vorschlag den Weg für eine neue Wirklichkeit wirtschaftspolitischer Willensbildung zu ebnen.

Die Investitionspolitik der Volksrepublik Bulgarien

Prof. Dr. Dinko Toschev, Sofia

In der allgemeinen Nachkriegsentwicklung der bulgarischen Wirtschaft nimmt das Tempo der Investitionen einen besonderen Platz ein. Es stellt die Quintessenz der staatlichen Wirtschaftspolitik dar. Die planmäßige Mobilisierung der Finanzmittel und Ressourcen und deren planmäßige Verwendung in einigen ausgewählten Wirtschaftszweigen hatte eine rasche Hebung nicht nur der Ökonomie, sondern auch des ganzen sozialen Lebens des Landes zur Folge.

In diesem Zusammenhang könnte man von einer wissenschaftlich betriebenen Investitionspolitik sprechen. Es handelt sich nicht nur um eine einfache, möglichst größere Bereitstellung von Geldfonds, sondern auch um ihre zweckmäßigste Verteilung unter den verschiedenen Wirtschaftszweigen — und zwar in einer Weise, die möglichst günstige Auswirkungen auf alle Gebiete des Gesellschaftslebens haben soll. Als wichtigste Voraussetzung bei der Ausarbeitung des Investitionsplanes für eine bestimmte Planungsperiode gilt eine tiefgehende wissenschaftliche Analyse der Ausgangssituationen. Auf Grund der so gewonnenen Erkenntnis werden die Grundsätze der Investitionspolitik für die folgende Planungsperiode aufgestellt. Daß eine solche Aufgabe sehr kompliziert ist, wird offenbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gerade die bereits laufenden Investitionen keine Änderungen erfahren dürfen, da sich mit Sicherheit einstellende Verluste vermieden werden müssen.

Die sozialistische wissenschaftliche Methode, die bei der oben erwähnten Analyse der wirtschaftlichen Lage angewendet wird, sichert eine objektive Einsicht in das bereits erreichte Niveau der Wirtschaftsverhältnisse des Landes. Bei der Ermittlung der vorhandenen Voraussetzungen werden die Richtlinien der zukünftigen Entwicklung festgelegt. Das Prinzip, das die Möglichkeit für eine relativ fehlerlose Investitionsplanung schafft, ist die Konzentrierung aller Investitionsmittel in einer Hand. Durch den staatlichen Generalfinanzierungsplan werden sämtliche Beträge für Finanzierungen und Kreditierungen zusammengefaßt. Es gibt bestimmte Unterschiede in der Anwendung der Finanzierungs- oder Kreditierungsmethode für die Anlage des Geldfonds, deren Wesen aber nur vom Gesichtspunkt der Finanzkontrolle zu erklären ist.

Um eine richtige Vorstellung von der Dynamik der Investitionsentwicklung in der Volksrepublik Bulgarien seit dem Inkrafttreten des ersten Fünfjahresplanes (1949) zu erhalten, muß man wissen, für welche Investitionsvorhaben Mittel im Rahmen der staatlichen Aufgabenstellung zur Erweiterung des Kapitalstocks bereitgestellt werden.

Die Investitionen werden grundsätzlich aus zwei Quellen gespeist: a) aus dem staatlichen Haushalt und b) aus den Gewinnen der Betriebe. Die mittleren und kleineren Investitionen werden gewöhnlich aus den betrieblichen Gewinnen finanziert. Die höchste Grenze der betrieblichen Investitionen wird vom Staat festgelegt. Am Anfang des Aufbaus der Planungsarbeiten beliefen sich die Summen für die genannten Kleininvestitionen bis auf 100 Lewa. [1]) Es besteht aber eine sichtbare Tendenz, die Selbständigkeit der Betriebe bei Investitionsvorhaben zu erweitern, d. h. ihnen das Recht zuzubilligen, größere Summen für Investitionszwecke einzuplanen. Da solche Geldfonds nur in dem

1) etwa 291,40 DM.

betrieblichen Jahresplan auszuweisen sind, werden sie mit einem besonderen technischen Ausdruck gekennzeichnet — als unterlimitierte Investitionen im Gegensatz zu den im staatlichen Plan aufgenommenen Investitionen, die als limitierte Investitionen bezeichnet werden.

Die im Staatshaushalt ausgewiesenen Zuwendungen an die sozialistischen Betriebe werden auf die jeweils entscheidenden Aufgaben im Rahmen der erweiterten sozialistischen Reproduktion und der gesellschaftlichen Konsumtion gelenkt und entsprechend verteilt. Der Hauptteil der Investitionen fällt also dem Staat zu; im einzelnen gehören hierzu:

1. Investitionen für Bauvorhaben;
2. Investitionen für Ausrüstungen;
3. für Erstaustattung mit Grundmitteln, Werkzeugen, Vorrichtungen und Modellen, die zur Inbetriebnahme neuer Kapazitäten dienen, ohne Rücksicht auf Lebensdauer und Wert;
4. Erstausstattung mit Grundmitteln zur Aufnahme neuer Produktionen, die sich aus abgeschlossenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten ergibt;
5. Betriebs- und Geschäftsausstattungen;
6. für die Errichtung von sanitären, kulturellen und sozialen Einrichtungen;
7. für Einbauten, Neubauten oder bauliche Veränderungen an Grundstücken und Anlagegegenständen, die sich in staatlicher Verwaltung befinden, und dergleichen mehr.

Dynamische Investitionspolitik in der Periode 1949—1962

Kennzeichnend für die Investitionspolitik Bulgariens während der oben erwähnten Periode war die Auffassung, die Geldfonds des Staates auf die Industrialisierung des Landes zu konzentrieren, wobei an erster Stelle die Schwerindustrie stand. Die Kontinuität dieser Politik ist ideologisch und politisch begründet. Man kann aber von gewissen Umstellungen in diesen Richtlinien seit den letzten drei bis vier Jahren sprechen. Diese Umstellungen beziehen sich auf die Beschlüsse des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die eine weitgehende Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation in der Produktion einzelner Wirtschaftszweige vorsehen. Die Folgen dieses neuen Kurses sind schon jetzt bemerkbar und werden in der nächsten Zukunft noch stärkeren Einfluß auf die Investitionspolitik des Staates haben.

Entwicklung der Investitionen
(in Mill. Lewa, zu den jeweiligen Preisen)

Art der Investitionen	1949	1957	1960	1961	1962
Limitierte	264,9	359,2	733,2	756,7	831,6
Unterlimitierte	31,7	158,0	458,3	503,1	484,4
Insgesamt	296,6	517,2	1191,5	1259,8	1316,0

Die Dynamik in der Entwicklung der ersten Gruppe der Investitionen wird noch deutlicher, wenn man Indexzahlen und die statistische Einteilung in Betracht zieht.

Indexzahlen und Struktur der limitierten Investitionen in der Periode 1949—1962
(1957 = 100)

Sektor	1949	1957	1960	1961	1962
Bauvorhaben und Ausrüstungen	90,5	100,0	203,0	206,8	219,8
Maschinen und Maschinenanlagen	48,8	100,0	235,3	237,6	283,0
davon eingeführte Maschinen		100,0	260,6	283,4	350,3
Geologische Forschungen	5,9	100,0	116,2	127,6	141,1
Sonstige Ausgaben		100,0	201,7	206,9	286,8
Insgesamt	67,8	100,0	207,4	211,2	236,6

Die Indexzahlen zeigen, daß man von einer sprunghaften Entwicklung gerade der Investitionen für Maschinen und Maschinenanlagen in der Periode 1957 bis 1962 sprechen kann. In dieser Zeitspanne ist diese Art von Investitionen um mehr als das 2,8fache gestiegen, und der Teil, der aus dem Ausland eingeführt wurde, hat um etwa das 3,5fache zugenommen. Hier sei auch nebenbei bemerkt, daß die Einfuhr von Maschinen und Maschinenanlagen aus den westlichen Ländern in dieser Periode absolut und relativ ebenfalls zugenommen hat. Das ist schon aus den allgemeinen Zahlen des Außenhandels mit diesen Ländern ersichtlich und wird offenbar, wenn man die schon vorher erwähnten Tendenzen in der Nachkriegsentwicklung der Volksrepublik Bulgarien betrachtet — nämlich die Vorrangstellung der Investitionen für die Industrialisierung des Landes, eine Aufgabe, die auch dem Außenhandel zufällt. In der Periode 1955 bis 1962 stieg der Anteil der westlichen Länder am gesamten Außenhandelsvolumen des Landes von 10,6 % auf 17,1 %, wobei der Anteil der Maschineneinfuhr der bedeutendste ist.

Der Dynamik der Investitionstätigkeit entspricht ein ständiges Anschwellen der Finanzierungsquellen. Wie schon erwähnt, wird der größte Teil der Mittel für Investitionszwecke durch den Staatshaushalt bereitgestellt, gleichzeitig wird aber auch in den Planwirtschaften ein großer Teil des Volkseinkommens durch den Staatshaushalt mobilisiert. Daraus ergibt sich, daß nur eine rasche Steigerung des Nationaleinkommens die Voraussetzung für eine bemerkenswerte Erhöhung der Finanzierungsmittel schaffen kann. In diesem Zusammenhang spielen selbstverständlich auch andere Faktoren, wie Arbeitsproduktivität, bessere Ausnutzung der Produktionskapazitäten, Sicherung des Absatzes der Warenfonds usw., eine Rolle.

Die Zentralstelle, in der sich die Finanzierungsfonds konzentrieren und dann auf Grund der Anweisungen des Finanzplanes auf die verschiedenen Gebiete der Wirtschaft und des Gesellschaftslebens verteilt werden, ist die staatliche Investitionsbank. In der Periode 1957 bis 1962 hat sich die Gesamtsumme der Investitionsfonds, die von dieser Bank aufgebracht worden ist, von 466,9 Mill. Lewa auf 1069,6 Mill. Lewa vergrößert. Von diesen Geldfonds entfallen auf den Staatshaushalt 188,1 bzw. 574,5 Mill. Lewa, d. h. etwas mehr als die Hälfte der Gelder, die für Finanzierungszwecke veranschlagt worden sind. Die restliche Hälfte

besteht aus: a) eigenen Mitteln[2]), b) Amortisationen, c) Gewinnen der Betriebe, d) Zuwendungen aus den Budgets der Kreisräte, e) Bankkrediten.

Investitionsmittel ohne Staatshaushalt
(in Mill. Lewa)

Finanzierungsquelle	1957	1960	1961	1962
Eigene Mittel	78,4	223,7	152,3	170,7
Amortisationen	92,5	156,8	168,0	184,3
Kreishaushalte	30,4	229,7	119,3	74,6
Bankkredite	57,6	152,3	65,4	65,5

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß die Finanzierungsquellen, die fast die Hälfte des gesamten Geldfonds darstellen, sich in der Beständigkeit ihrer Aufbringung von den Mitteln, die aus dem Staatshaushalt geschöpft werden, unterscheiden. In der allgemeinen Entwicklung entdeckt man jedoch eine ständige Zunahme auch dieser Art der Finanzierungsmittel, denn gegenüber dem Jahre 1957 sind die eigenen Mittel und die Amortisationen um etwa das Doppelte gestiegen. Die Investitionspolitik der Regierung räumt eine größere Selbständigkeit der Betriebe bei der Einführung neuer Techniken ein, für die hauptsächlich Bankkredite aufgenommen werden. Außerdem haben die staatlichen Betriebe das Recht, wie schon an anderer Stelle erwähnt, unter bestimmten Bedingungen kleinere und mittlere Investitionen selbst vorzunehmen. Hier muß unterstrichen werden, daß diese Politik mit jedem Jahr durch neue Maßnahmen bekräftigt wird und dadurch die Ansätze für ein System liefert, das die Verantwortung für neue Investitionen in stärkerem Maße als bisher der Betriebsleitung und dem Kollektiv überträgt.

Diese Tendenz in der Investitionspolitik erklärt sich aus der Erkenntnis, daß eine größere Beweglichkeit der Betriebe auf dem Gebiet der Investitionstätigkeit günstigere Auswirkungen auf die Sparsamkeit bei der Verwendung von Finanzierungsmitteln hat und besonders gute Resultate in der Einführung moderner Techniken zeitigt. Das Prinzip der zentralen Leitung und der allgemeinen nationalen Planung besteht weiterhin besonders bei der Schaffung von neuen Betrieben und der Mobilisierung von Mitteln zur erweiterten Reproduktion.

Ein Überblick über die prozentuale Zusammensetzung der oben erwähnten Finanzierungsquellen ergibt folgende Struktur für die Periode 1950 bis 1960:

Staatshaushalt	65—70 %
Haushalte der Kreise	5— 8 %
Amortisationen (stabile Aufwärtsentwicklung)	17—21 %
Gewinne (im Begriff völlig fortzufallen)	2— 3 %
Eigene Mittel (konstanter Umfang)	5— 6 %
Bankkredite (in der letzten Zeit durch einen Regierungsbeschluß von 1963 wieder im Aufschwung)	2— 3 %

[2]) Eigene Mittel im Sinne von „eigene Mittel der Betriebe", die aus verschiedenen Quellen stammen, z. B. aus dem Verkauf nichtausgewerteter Produktionsmittel.

Um die Dynamik der Investitionen richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, einen Blick auf die Entwicklung des Sozialproduktes und dessen Aufteilung zu werfen:

Die Entwicklung des Volkseinkommens
(1939 = 100)

Position	1948	1957	1960	1961	1962
Brutto-Sozialprodukt	123	282	412	433	473
Volkseinkommen	101	203	282	290	308

Die Aufteilung des Volkseinkommens
(in %)

Position	1952	1957	1960	1961	1962
Akkumulationsfonds	23,8	20,1	27,5	22,3	25,4
davon Zuwachs der Grundmittel	9,5	12,2	15,4	15,1	13,8
Konsumtionsfonds	76,2	79,9	72,5	77,7	74,6
davon individuelle Konsumtion	70,3	73,5	66,0	71,1	67,8

Daraus ist zu schließen, daß zwei Faktoren wesentlich dazu beitragen, daß die Höhe der Finanzierungsmittel entweder absolut und relativ steigt oder niedriger als im vergangenen Jahr ist.

Diese Faktoren sind: die jährliche Durchschnittszunahme des Volkseinkommens und die Verteilung des Volkseinkommens auf Akkumulations- und Konsumtionsfonds. Die Zahlen zeigen auch, daß der Zuwachs der Akkumulation ausschließlich auf Rechnung der absoluten und relativen Zunahme des Volkseinkommens in der angeführten Periode erfolgt.

Aufteilung der Investitionen nach Wirtschaftszweigen und in der nichtproduktiven Sphäre

Die Investitionspolitik umfaßt die Lösung einer Reihe von komplizierten Problemen der langfristigen Entwicklung nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch der Bevölkerung und der Kultur eines Landes. Darum wäre es falsch, wenn man Investitionen nur unter einem Gesichtspunkt betrachtet — zum Beispiel unter dem Aspekt des Gewinns, wie das in einigen Ländern der Fall ist.

Unter den Bedingungen eines Staates mit gesellschaftlichem Eigentum ist es durchaus möglich, von einer volkswirtschaftlichen Rentabilität zu sprechen, und zwar in der Weise, daß gewisse Unternehmen, die allein für sich unrentabel sind, eine Rolle als wesentliche Voraussetzung spielen, Rentabilitätsbedingungen für eine große Zahl von Betrieben in verschiedenen Wirtschaftszweigen zu schaffen. Dieser Gedanke kann vielleicht damit illustriert werden, daß in vielen hochentwickelten Ländern mit privatwirtschaftlicher Ordnung der Staat die Rolle des Verlierers spielt, indem er in verschiedenen Wirtschaftszweigen bewußt unrentabel wirtschaftet, so z. B. im Postverkehr, Eisenbahnverkehr, in der Luftfahrt usw. Eine Folge davon ist, daß sich der bürgerliche Staat den Ruf als schlechter Wirt erwirkt und die kommunale Wirtschaft kompromittiert, was wiederum dem Privateigentum von Nutzen ist.

Die Entwicklung in der Aufteilung der Investitionen der bulgarischen Volkswirtschaft zeigt, daß bei der

Aufstellung des Finanzierungsplanes nicht nur die betriebliche, sondern auch die volkswirtschaftliche Rentabilität in Betracht gezogen wird.

Limitierte Investitionen für Grundmittel nach Wirtschaftszweigen
(in %)

Wirtschaftszweig	1949	1957	1960	1961	1962
Industrie	26,5	58,2	57,6	58,6	50,2
Bauwirtschaft	3,1	0,3	3,4	4,6	4,9
Landwirtschaft und Forstwirtschaft	14,1	11,3	13,0	7,8	10,0
Verkehrswirtschaft	42,4	10,3	11,0	8,8	16,0
Handel	1,8	3,4	1,2	1,4	2,5
Wohnungsbau	5,9	9,7	6,0	9,1	8,0
Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen u. dgl.	6,2	6,8	7,8	9,7	8,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Die Industrie und hier vornehmlich die Schwerindustrie war das Hauptobjekt der Investitionstätigkeit in der Periode von 1949 bis 1962. Das Schwergewicht der Investitionspolitik des Staates liegt auf der Entwicklung von Grundstoff- und Maschinenbauindustrie. Dies beweisen die folgenden Daten: Die Stromerzeugung stieg in der Periode von 1939 bis 1963 von 266 Mill. kWh auf 7,18 Mrd. kWh; die Produktion von Braunkohle von 2,2 Mill. t auf 21,9 Mill. t in derselben Periode; Eisenerze von 11 000 t auf 655 000 t; Stahl von 6000 t auf 461 000 t; Blei von 0 auf 51 000 t; Zink von 0 auf 56 000 t im Jahre 1963; Zement von 225 000 t auf 2,21 Mill. t im Jahre 1963. Hier seien außerdem einige Zahlen über die Produktion der verarbeitenden Industrie angeführt, um die Dynamik auch in dieser Branche zu illustrieren [3]): Wechselstrommotoren von 14 000 Stück im Jahre 1952 auf 444 000 Stück im Jahre 1963; Elektrokarren von 10 Stück im Jahre 1956 auf 8237 im Jahre 1963. Die Daten für die Produktion einiger Massenverbrauchsgüter lauten wie folgt: Rundfunkgeräte von 108 000 Stück im Jahre 1957 auf 200 224 Stück im Jahre 1963. In derselben Periode stieg die Produktion von Fernsehgeräten von 0 auf 29 114 Stück, von Kühlschränken von 0 auf 17 050 Stück.

Eine große Bedeutung als Wirtschaftszweig hat auch die chemische Industrie in der kurzen Periode von 1956 bis 1963 durch erhebliche Investitionen und den Bau neuer Werke erlangt: Stickstoffdünger von 34 200 t auf 193 200 t; Phosphordünger von 0 auf 90 300 t; Schwefelsäure von 28 600 t im Jahre 1956 auf 298 500 t im Jahre 1963. Diese ungemein schnelle Hebung der industriellen Produktion — gemessen an den Maßstäben eines zurückgebliebenen Agrarlandes — ist von namhaften ausländischen Beobachtern mehrmals unterstrichen worden.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der industriellen Produktion, sondern auch in anderen Bereichen, wie z. B. im Verkehrswesen, dem Handel und in der Landwirtschaft, sind Erfolge, wenn auch nicht in solch beträchtlichem Ausmaß, erzielt worden. Daß z. B. in der Landwirtschaft keine spektakulären Resultate zu verzeichnen sind, kann nicht weiter verwundern, da die Landwirtschaft bei privatwirtschaftlicher, ebenso wie unter der gesellschaftlichen Produktionsweise, bedeutend größere Kapitalanlagen erfordert, um die Arbeitsproduktivität rasch zu heben, als die Verarbeitung von Grundstoffen. Dafür spricht die gesamte Geschichte der Industrieentwicklung in den hochindustrialisierten Ländern.

Bemerkenswert sind auch die Folgen der Investitionstätigkeit des Staates auf dem Gebiete des Wohnungsbaus und der Kultur. Hier wurden einige Traditionen übernommen und so die Aufgaben mit neuem Willen in größerem Maßstab vorangetrieben. Allerdings hat sich die Investitionspolitik des bulgarischen Staates dieser Aufgabe in größerem Ausmaße erst in einer späteren Periode gewidmet, etwa nach 1956.

Immerhin hat der Staat im Jahre 1962 etwa 8 % aller Investitionen dem Wohnungsbau und 8,4 % wissenschaftlichen Zwecken und dem Gesundheitswesen gewidmet. In der Periode von 1957 bis 1962 konnten durchschnittlich jährlich 43 000 bis 45 000 Wohnungen an die Bevölkerung übergeben werden, davon etwa die Hälfte an die Dorfbevölkerung. Wie schnell sich die bedeutenden Investitionen für die Wissenschaft auswirken, zeigt die Anzahl der Studenten, die auf 10 000 Einwohner entfallen: In der Zeit von 1957 bis 1962 ist diese Zahl von 53 auf 89,1 gestiegen. Vergleichszahlen für die Nachbarländer lauten: Griechenland 28,9 (1959 bis 1960) und die Türkei 25,3 (1961 bis 1962).

Es ist offensichtlich, daß zwischen der vorangegangenen Entwicklung der Schwerindustrie und der Entwicklung der Wissenschaft und der Kultur ein enger Zusammenhang besteht: die neuen Industriebetriebe brauchen Spezialisten mit verschiedener Ausbildung, und die schnellwachsende städtische Bevölkerung benötigt Grund- und Mittelschulen, Theater, Kinos usw.

Der Perspektivplan

Die Volksrepublik Bulgarien hat einen langfristigen Perspektivplan für die Periode von 1961 bis 1980 aufgestellt. Der Plan sieht vor, daß in dieser Zeit ein Betrag von insgesamt etwa 65 Mrd. Lewa für Investitionszwecke ausgegeben wird. Das ist etwa 50mal mehr, als die Geldfonds auswiesen, die im Jahre 1962 bereitgestellt worden sind.

Was die künftige Linie der Investitionspolitik betrifft, so zeigt sie folgende Richtung: schneller Aufbau der Industrie, allerdings mit größerer Aufmerksamkeit gegenüber der Leichtindustrie als bisher. Die Volksrepublik Bulgarien wird mit Hilfe der sozialistischen und auch der westlichen Länder moderne Betriebe für Maschinenbau, chemische Produktion, Wasser- und Kohlenelektrizitätswerke errichten.

---

3) Statistitscheski Sprawotschnik 1963, hrsg. vom Zentralamt der Statistik beim Ministerrat, Sofia 1963; „Zwanzig Jahre auf dem Wege des Sozialismus", Nachschlagbuch des Agitators, Zahlen und Fakten (Bulgarisch). Richtlinien des VIII. Parteitages der Bulgarischen Kommunistischen Partei für die Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien in den Jahren 1961 bis 1980, Fremdsprachenverlag, Sofia 1963; „Otetschestven Front", vom 31. 1. 1964.

Ein besonders großes Interesse zeigen im Zuge der beabsichtigten Modernisierung der Leichtindustrie die bulgarischen Importunternehmen an der Einfuhr neuer Industrieanlagen zur Verarbeitung von Gemüse, Obst und verschiedenen anderen Nahrungsmitteln der Landwirtschaft.

Ein neues Moment in der Investitionspolitik für die nächsten 15 Jahre sind die Investitionen für gemeinsame Vorhaben der RGW-Länder. Im Jahre 1963 und in der ersten Hälfte dieses Jahres ist eine Reihe von Beschlüssen im RGW gefaßt worden, die auf eine weitere Spezialisierung der Industrieproduktion und auf eine Schaffung von großen zwischenstaatlichen Unternehmen abzielen. Eine wichtige Rolle auf diesem Gebiete wird zweifellos die vor kurzem gegründete Internationale Bank der RGW-Länder spielen, die zunächst als Clearingbank fungiert, aber später auch Investitionsfunktionen ausüben wird.

Bei der Durchführung der langfristigen Investitionspolitik ist der bulgarische Staat darum bemüht, durch eine Erweiterung seines Austausches mit den sozialistischen und allen anderen Ländern einen raschen technischen Fortschritt und eine technische Rekonstruktion der nationalen Volkswirtschaft zu erreichen. Es wird beabsichtigt, die Automation in allen Wirtschaftszweigen und besonders in der Elektroindustrie, im Maschinenbau und in der Erdölgewinnung und der Verarbeitung von Erdölprodukten in der chemischen Industrie zu beschleunigen. Es werden bereits Verhandlungen von den bulgarischen Handelsorganisationen geführt, um größere Industrieanlagen und industrielle Ausrüstungen für die nächste Zukunft sicherzustellen. Das betrifft vor allem Industrieanlagen für die Chemieproduktion und einige Zweige der Nahrungsmittelindustrie.

In der Zeit bis 1980 soll sich die Arbeitsproduktivität in der Industrie um etwa das Vierfache erhöhen. Um diese Erhöhung der Arbeitsproduktivität unter den Bedingungen der ständigen Verkürzung des Arbeitstages zu sichern, muß die Arbeitsproduktivität pro Stunde um das Sechsfache anwachsen. Deswegen betreffen die Investitionsvorhaben hauptsächlich die Automation. Der Anteil des Akkumulationsfonds soll etwa 27 % des Volkseinkommens ausmachen. Auf dieser Grundlage wird es möglich sein, im ersten Jahrzehnt etwa 20 Mrd. Lewa und im zweiten 45 Mrd. Lewa Investitionen zu sichern. Ein bedeutender Zuwachs für Investitionen auf dem Gebiete der Gesundheit, Wissenschaft und der Kultur ist vorgesehen. So beläuft sich die Summe für die Erweiterung und Festigung der materiellen Basis der Forschungsinstitute in den Jahren der Generalperspektive auf etwa 500 Mill. Lewa limitierter Investitionen. Die Zahl der Wissenschaftler muß sich von 5900 im Jahre 1960 auf etwa 35 000 im Jahre 1980 erhöhen. Solche charakteristischen Angaben für einen schnellen Zuwachs der Investitionsausgaben sind für alle Gebiete der Bildung und der Kultur zutreffend.

Zum Schluß soll hervorgehoben werden — obwohl diese Frage allein für sich zu behandeln wäre —, daß in der Volksrepublik Bulgarien sehr bald eine neue Organisation der betrieblichen Planung und insbesondere der Beziehungen der Betriebe zum Staatshaushalt durchzuführen ist, die eine bedeutende Rolle zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Beschleunigung des technischen Fortschrittes spielen wird. Die ersten Versuche werden schon sehr günstig beurteilt, weil das neue Betriebssystem der Betriebsleitung größere Selbständigkeit und wirtschaftliche Beweglichkeit einräumt.